

WER WIR SIND

Die **Linksjugend ['solid] Bayern** ist ein eigenständiger sozialistischer, antifaschistischer, antirassistischer, feministischer und ökologischer Jugendverband. Durch politische Bildung und Aktionen treten wir alleine und mit Bündnispartner*innen für eine sozialistische, emanzipatorische und selbstbestimmte Politik ein. Als anerkannter Jugendverband der Partei DIE LINKE wirken wir in die Gesellschaft hinein und tragen unsere politischen Ziele in die Öffentlichkeit.

Wir sind offen. Ob Partei-, Verbandsmitglied oder Sympathisant*in: Bei uns sind alle gleichberechtigt. Viele von uns sind auch in anderen Gruppen und Initiativen aktiv. Intern arbeiten wir transparent und in offenen Gruppen, an denen sich alle beteiligen können. Wir leben vom Engagement unserer Mitglieder!

Wir sind basisdemokratisch. Entscheidungen und Aktionen werden bei uns gemeinsam getroffen und geplant. Wir stehen für ein hierarchiefreies Arbeiten, in dem alle die selben Mitspracherechte haben und die Wünsche und Bedürfnisse der Einzelnen respektiert und geachtet werden.

Wir sind pluralistisch. Unser Verband lebt von der Vielfalt der Ideen und Meinungen seiner Mitglieder. Inhaltlicher Pluralismus und eine demokratische, gleichberechtigte Debattenkultur sind die Grundlagen unserer politischen Arbeit.

Mach mit!

HAST DU LUST, DIE VERHÄLTNISSE MIT UNS ZUM TANZEN ZU BRINGEN?

Wir wollen das schöne Leben für Alle, nicht mehr und nicht weniger. Unsere Vision ist eine offene, solidarische und gemeinsam gestaltete Gesellschaft, in der die freie Entfaltung aller im Mittelpunkt steht. Diese Utopie ist es wert, dafür zu kämpfen. Darum: Mach mit und bring dich bei uns ein!

www.linksjugend-solid-bayern.de

Du erreichst uns unter:

✉ info@linksjugend-solid-bayern.de

📘 [Linksjugend \['solid\] Bayern](#)

🐦 [@solid_bayern](#)

📷 [@solid_bayern](#)

**linksjugend
['solid]** 

Linksjugend ['solid] Bayern
Äußere Cramer-Klett-Str. 11 - 13
90489 Nürnberg

FREIE MENSCHEN STATT FREIER MARKT!

V.i.S.d.P.: Marius J. Brey, Linksjugend ['solid] Bayern, Äußere Cramer-Klett-Strabe 11-13, 90489 Nürnberg



www.linksjugend-solid-bayern.de

ARBEIT IST SCHEISSE...

Mal ganz ehrlich: Wer von uns steht jeden Montag um 6 Uhr auf und ist nach einer Runde Joggen und einem Cappuccino total motiviert in der Arbeit? Und wer ist schon 5 Tage am Stück belastbar, teamfähig, selbstständig, kompetent, höflich und natürlich kreativ? So oder so ähnlich sehen die Anforderungen des modernen Arbeitsalltags aus. Mit dem Ende der klassischen Industrieproduktion hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft hat sich auch unser Arbeitsleben drastisch verändert. Statt in die Fabrik zu gehen, wo die schlechten Arbeitsbedingungen noch offensichtlich waren, bleiben wir heute im superflexiblen Home-Office, Arbeitsverträge sind so unbeständig wie das Wetter und jede*r muss nun ständig erreichbar sein.

Hallo Prekariat!

Man redet dabei vom „Neoliberalismus“, was man in etwa mit „Neue Freiheit“ übersetzen könnte. Doch gemeint ist damit nicht die Freiheit des Menschen, sondern die Freiheit des Marktes. Ausdruck dieser Logik sind sogenannte „Freihandelsabkommen“, eingeschränkte Gewerkschaftsrechte oder gelockerte Kündigungsfristen. Viele junge Menschen hangeln sich von Praktikum zu Praktikum und von einer Befristung in die nächste. Nur noch die wenigsten können im Arbeitsleben richtig Fuß fassen und wissen, ob ihre Stelle im nächsten Jahr noch existiert. An Altersvorsorge oder Familienplanung ist dabei gar nicht zu denken.

...KEINE HABEN ABER AUCH!

Der Neoliberalismus hat aber noch einen anderen Effekt: Unserer Gesellschaft geht die Arbeit aus. So geht etwa der Finanzdienstleister McKinsey davon aus, dass durch Automatisierung in den nächsten 30 Jahren weltweit bis zu 800 Millionen Jobs verschwinden werden. Das führt dazu, dass gerade junge Menschen immer schärfer um Arbeitsplätze konkurrieren müssen. Schon im Kindesalter sollen wir also an unseren „Softskills“ arbeiten, eine bilinguale Kita besuchen und später möglichst viele Praktika und Auslandsjahre absolvieren. Wer das nicht will oder kann, der fällt durch das Raster. Es bleibt ja noch Hartz IV... Ist es nicht ein Widerspruch, dass immer weniger Arbeitszeit nötig ist, aber alle nach mehr Arbeitsplätzen schreien? Obwohl das Sinken der nötigen Arbeitszeit eigentlich ein Grund zur Freude ist, sind so absurderweise immer mehr Existenzen von Armut bedroht.

Alles Schöne den Menschen, alle Arbeit den Robotern!

Dabei wäre eine deutliche Arbeitszeitreduzierung möglich. So könnte die gesetzliche Arbeitszeit in Deutschland jedes Jahr so sehr abzusinken, wie die Wirtschaft im vorherigen Jahr gewachsen ist. Innerhalb weniger Jahre ließe sich so eine gesetzliche 30-Stunden-Woche einführen. Die Löhne können dabei auf gleicher Höhe bleiben - das wird durch die Produktivitätssteigerung ermöglicht. Schlussendlich muss es darum gehen, unsere Wohlstandproduktion so zu organisieren, dass die Erfüllung unserer Bedürfnisse im Mittelpunkt steht und nicht die blinde Jagd nach Profit.

WIR FORDERN:

Arbeitszeitverkürzung: Wir fordern eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Umverteilung: Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung der Spitzensteuersätze. Die Einnahmen müssen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und ein solidarisches Rentensystem investiert werden.

Soziale Gerechtigkeit: Die Würde des Menschen ist unantastbar - und weil man das Existenzminimum nicht kürzt, fordern wir die Abschaffung der Hartz IV - Sanktionen. Wir kämpfen außerdem für eine solidarische Mindestsicherung von 1050€ im Alter.

Jobsicherheit: Wir fordern die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse, gleiche Rechte für Leih- und Zeitarbeiter und keine Erneuerung von Zeitarbeitsverträgen.

Wirtschaftsdemokratie: Wir fordern die aktive Förderung von demokratisierten Unternehmen. Genossenschaften oder mitarbeiter*innengeführte Gesellschaften sind wichtige Betriebsformen für eine demokratische Wirtschaft.

Kommunalisierung: Über die Grundversorgung müssen die Kommunen demokratisch entscheiden. Wasser, Elektrizität und Gesundheitsversorgung dürfen nicht in den Händen von privaten Konzernen liegen - denn mit Grundrechten spekuliert man nicht.